

Spotify dreht kleineren Künstlern den Geldhahn zu

Der Musikstreamingdienst hat zum 1. Januar sein Vergütungsmodell geändert und damit viel Kritik auf sich gezogen – auch aus Rheinland-Pfalz

Von Stefan Schalles

■ **Rheinland-Pfalz.** Dass mit Musikstreaming nur die wenigsten Künstler Geld verdienen, ist kein Geheimnis. Das neue Vergütungsmodell von Branchenprimus Spotify jedoch wird diese Situation wohl noch einmal deutlich verschärfen – vor allem für Newcomer und Spartenmusiker, die bei der Auszahlung in Zukunft meist leer ausgehen dürften. Der Vorsitzende des Kompetenzzentrums Populärmusik Rheinland-Pfalz (pop rlp), Markus Graf, nennt das seit Jahresbeginn gültige Bezahlmodell des Streaminggiganten „verheerend“.

In den Neujahrsgrüßen für seine Spotify-Nutzer scherzte der US-amerikanische Musiker und Parodist Weird Al Yankovic jüngst: „Ich danke euch für die großartige Unterstützung. So weit ich weiß, hatte ich über 80 Millionen Streams auf Spotify dieses Jahr. Wenn ich richtig rechne, habe ich 12 Dollar verdient.“ Dafür werde er sich nun ein Sandwich kaufen, ergänzte Al Yankovic und machte damit – wüßte gleich ironisch übertrieben – auf ein veritables Problem aufmerksam: Der Streamingdienst – seit der Gründung 2006 stetig in den roten Zahlen – gönnt den rund acht Millionen Künstlern auf seiner Plattform recht wenig für ihre Musik, im Schnitt etwa 0,3 Cent pro Klick, von denen es folglich viele Millionen respektive Milliarden braucht, um die Künstlerkasse auch nur ansatzweise aufzufüllen.

Am Ende der Vergütungskette

Bezahlt wird dabei nach dem sogenannten Pro-Rata-Modell, das den Anteil der Abrufe eines Songs an allen Klicks auf Spotify bemisst. Das Geld fließt somit nicht direkt von den Nutzern an die Künstler, sondern zunächst in einen großen Topf, aus dem Spotify nach ZDF-Recherchen ein Drittel selbst abschöpft, ein weiterer Teil geht an Verwertungsgesellschaften wie die Gema, die das Einsammeln der Vergütung übernehmen. Die verbleibenden Mittel wiederum wandern schließlich an die Labels, die hiervon laut ZDF 10 bis 20 Prozent an die Künstler ausbezahlen.

Wie viel genau, hängt am Ende von den jeweiligen Verträgen ab – und ist in den meisten Fällen unbekannt. In der ARD-Doku „Dirty Little Secrets“ kritisierte Sänger Peter Maffay daher, Spotify und die Musikproduktionsfirmen hätten Verträge geschlossen, „die nicht



Spotify steht für die recht knapp gehaltene Vergütung von Künstlern bereits seit Längerem in der Kritik. Seit dem 1. Januar zahlt der schwedische Streaminggigant Musikern, deren Songs weniger als 1000 Mal im Jahr abgerufen werden, nun gar kein Geld mehr.

Fotos: Fabian Sommer/dpa, pop rlp

offengelegt werden – an den Künstlern vorbei“. Das Abrechnungssystem sei hochgradig intransparent.

Wobei sich noch weit größerer Unmut an Spotifys neuem Vergütungsmodell entzündet: Seit dem 1. Januar nämlich entlohnt der schwedische Streaminganbieter Künstler nur noch für Songs, die im Jahr mindestens 1000 Mal abgerufen wurden. Wer diesen Messwert unterschreitet, geht folglich leer aus.

„1000 Streams“, erklärt der Vorsitzende von pop rlp, Markus Graf, „sind in der Welt von Spotify zwar nur ein marginaler Wert, der den jeweiligen Künstlern umgerechnet etwa 3,30 Euro einbringt.“ Das Problem jedoch sei ein ganz anderes: „Es geht einfach darum“, so Graf, „dass Streaminganbieter wie Spotify Geld zulasten der Künstler verdienen, anstatt diese für ihre Arbeit fair zu entlohnen.“ Ein Missverhältnis, das schon zuvor eklatant ausgefallen sei, sich durch das

neue Abrechnungsmodell jedoch noch einmal verschärft.

Was Spotify naturgemäß ganz anders sieht: Der Streaminganbieter argumentiert, die geringen Einnahmen für Tracks mit weniger als 1000 Abrufen pro Jahr würden die Rechteinhaber in vielen Fällen ohnehin gar nicht erreichen, weil Labels und Händler oft einen Mindestbetrag für die Abhebungen verlangen und auch Banken Gebühren für Transaktionen erheben würden.

Statt das Geld – der Streaminganbieter schätzt die unter der 1000-Abruf-Grenze erwirtschafteten Erträge auf etwa 40 Millionen Dollar pro Jahr – in Überweisungen versenden zu lassen, sollen die Mittel laut Spotify künftig zurück in den Einnahmetopf wandern und auf diesem Weg „aufstrebende und professionelle“ Künstlerinnen

und Künstler unterstützen. Zudem wolle man sich mit dem neuen Vergütungsmodell auch gegen künstliche Streams und Geistermusiker wappnen, da Uploader nun „nicht länger in der Lage sein werden, mittels einer extrem großen Menge an Titeln Geld zu verdienen“, wie das Unternehmen anführt. Bei Geistermusikern handelt es sich um Accounts, auf denen günstig produzierte Tracks – etwa Klavierklänge – am laufenden Band veröffentlicht werden.

Ein richtiger Schritt, sagt Graf über letztgenannten Punkt. Den vorausgegangenen allerdings, den Verweis, dass sich die Abrechnung von Songs unter 1000 Abrufen nicht lohne, hält er für „unglaublich“. Schließlich seien andere Mikrotransaktions-Unternehmen wie PayPal oder Patreon mit ebensol-

chen Modellen höchst erfolgreich. Weshalb der pop-rlp-Vorsitzende im dem neuen Vergütungsmodell im Endeffekt vor allem eines sieht: eine Benachteiligung (noch) unbekannter Künstler zugunsten größerer – und eine wachsende Kluft zwischen beiden. Ein weiterer Kritikpunkt: „Das neue Vergütungsmodell“, erklärt Graf, „greift erst ab einem Wert von 1000 Streams, macht gleichzeitig aber auch zur Bedingung, dass diese von einer Mindestanzahl an Hörern generiert werden – ohne dass Spotify diese Zahl bislang offenlegt.“

Intransparent und tückisch nennt der pop-rlp-Vorsitzende dieses Vorgehen, wobei er mit seiner massiven Kritik an dem Streaminganbieter keineswegs allein steht: Seit dem Bekanntwerden der Pläne im vergangenen Jahr hat sich ein breites Bündnis gegen Spotify formiert. Der Verband freier Musikschaffender, Pro Musik, etwa startete in der Folge eine Petition gegen das Vorhaben, die inzwischen mehr als

50 000 Menschen unterzeichnet haben.

Kritik äußerte daneben auch der Generalsekretär des Deutschen Musikrates und Präsident des Deutschen Kulturrates, Christian Höppner, der das neue Spotify-Bezahlmodell im Gespräch mit dem „Deutschlandfunk Kultur“ jüngst als „Armutszeugnis“ und „Mainstreamstrategie“ bezeichnete. Denn: Die eingezogene 1000-Streams-Sperre mache es Newcomern und ungewöhnlichen Künstlern fortan noch schwerer, Fuß zu fassen. „Was vermeintlich in der Nische sitzt“, sagte Höppner, „kann auch nicht entdeckt werden.“ Wobei es nicht nur um die wenigen Euro gehe, die sich mit den Streamingabrufen bei Spotify verdienen ließen, sondern auch um „Aufmerksamkeit, die damit erzeugt wird und die dann auf Konzerten und weitere Einspielungen, Radioauftritte und so weiter einspielt“.

Dass unbekanntere Musiker aus diesem Grund nun reihenweise ihre Karrieren beenden, fürchtet Graf zwar nicht, sieht in Spotifys modifizierter Vergütungspraxis aber dennoch neuerlichen Anlass für eine ganz grundlegende Debatte: „Es geht am Ende auch um den Wert der Musik, der wegen der Streamingdienste heute leider gegen null tendiert“, betont der pop-rlp-Vorsitzende – und ergänzt: „Musik wird mittlerweile eigentlich nur noch anhand der Anzahl von Streams gemessen und nicht mehr auf der Grundlage von Qualität.“ Kaum jemand nehme sich noch die Zeit, junge Künstler in Ruhe aufzubauen, es gehe nur noch um das „schnelle Geld“.

Die Hoffnung auf Wandel: Gering

Dabei sieht Graf Spotify auch in dieser Hinsicht in der Verantwortung: Der Branchenprimus – mit gut 30 Prozent Marktanteil (Stand: zweites Quartal 2022) führend bei den Musikstreamingdiensten – habe eine Vorreiterrolle, an der sich auch die kleineren Anbieter orientierten. Was im Umkehrschluss bedeute: „Auch wenn ich skeptisch bin, dass Spotify seine Politik infolge der Pro-Musik-Petition ändert“, so Graf, „muss man den Finger trotzdem immer wieder in die Wunde legen – in der Hoffnung, dass wir irgendwann doch noch zu einer fairen Vergütung finden.“

➔ Die im Text erwähnte Petition ist online abrufbar unter www.promusikverband.de

Kompakt

Besucherrekord für Schirn Kunsthalle

■ **Frankfurt.** Die Schirn Kunsthalle Frankfurt ist im vergangenen Jahr von so vielen Menschen besucht worden wie noch nie. Insgesamt wurden 502 960 Besucher verzeichnet. Dazu trug auch die Ausstellung „Chagall. Welt in Aufruhr“ bei, die mehr als 243 500 Menschen anlockte. Die Schirn Kunsthalle besteht seit dem Jahr 1986, der bisherige Rekord von rund 479 120 Besuchern stammt aus dem Jahr 2012. Als erster Höhepunkt dieses Jahres gilt die Schau „The Culture. Hip-Hop und zeitgenössische Kunst im 21. Jahrhundert“, die am 29. Februar eröffnet wird.

Scorpions trauern um einstigen Drummer

■ **Hannover.** Die Scorpions („Wind of Change“) trauern um ihren ehemaligen Schlagzeuger. Der US-Musiker James Kottak ist am Dienstag im Alter von 61 Jahren gestorben. Kottak war rund 20 Jahre Schlagzeuger der Scorpions, im Frühjahr 2016 verließ er die Rockband, um eine langwierige Erkrankung in einer Klinik auszukurieren. Der Ex-Motörhead-Drummer Mikkey Dee übernahm damals und ist bis heute Teil der Band, die 2024 auf große Jubiläumstour geht. *dpa*

Roth will Schließung von Goethe-Instituten abfedern

Kulturstaatsministerin will Folgen mildern

■ **Rom.** Kulturstaatsministerin Claudia Roth hat sich dafür ausgesprochen, die beschlossene Schließung von Niederlassungen des Goethe-Instituts in Italien abzufedern. Die Grünen-Politikerin äußerte sich am Dienstag während eines Besuchs in Rom „extrem irritiert“ über den Beschluss aus dem vergangenen Jahr, der nun umgesetzt wird. Zugleich stellte sie fest: „Die Entscheidungen sind getroffen.“ Es wäre falsch, dies nun wieder zu ändern. Jetzt müsse nach Möglichkeiten gesucht werden, die Folgen zu mildern.

Das weltweit tätige deutsche Kulturinstitut hatte vergangenes Jahr zusammen mit dem Auswärtigen Amt beschlossen, aus Kostengründen Standorte in verschiedenen Ländern aufzugeben. In Italien sollen die Standorte Genua, Turin und Triest wegfallen. Damit verbunden ist die Streichung von einem Viertel des insgesamt etwa 100 Stellen. Dagegen gibt es aus der Kulturszene sowie von Beschäftigten erhebliche Proteste. Auch die italienische Rechtsregierung setzt sich für den Erhalt ein.

Von betroffenen Städten und Regionen gibt es inzwischen verschiedene Angebote, bei der Fort-



Kulturstaatsministerin Claudia Roth spricht mit dem Künstler Manaf Halbouni, der als Stipendiat in der von der Bundesrepublik Deutschland betriebenen Villa Massimo in Rom lebt und arbeitet.

Foto: Christoph Sator/dpa

führung von Aktivitäten des Goethe-Instituts zu helfen. Der rechte Kulturminister Gennaro Sangiuliano stellte Roth bei einem Treffen in Aussicht, dem Goethe-Institut sowohl in Turin als auch in Neapel neue Räume zu Verfügung zu stellen. Auch in der Millionenstadt Neapel soll die Präsenz des Instituts massiv verringert werden.

Roth bedankte sich für die Angebote. Sie machte aber auch deutlich, dass es bei den Beschlüssen bleiben solle. Mit Blick auf das Auswärtige Amt verwies sie zudem darauf, dass die Arbeit des Goethe-Instituts nicht in ihrer Zuständigkeit liege. „Jetzt muss man schauen, wie man das abfedern kann“, sagte sie.

Im Gespräch ist beispielsweise, dass italienische Behörden von deutscher Seite eine Anschubfinanzierung bekommen könnten, wenn ausgewählte Aktivitäten des Goethe-Instituts fortgeführt werden. Dazu gehört neben Sprachunterricht insbesondere die Förderung von kulturellem Austausch. Derzeit laufen zwischen Institut und italienischen Gewerkschaften Gespräche, wie die Entlassungen konkret ablaufen.

Derzeit hat das deutsche Kulturinstitut – ein eingetragener Verein, der größtenteils vom Staat finanziert wird – noch 158 Vertretungen in 98 Ländern. Der Etat fürs laufende Jahr beträgt 432 Millionen Euro. Davon kommen etwa 232 Millionen vom Bund. Auch in anderen Ländern wie Frankreich, den Niederlanden, Brasilien und den USA sollen Niederlassungen dichtgemacht werden. Auch dort gibt es Proteste. Zu den weiteren Themen von Roths Gesprächen in Rom gehörte auch die Frage, ob bestehende nationale Kulturpässe grenzüberschreitend genutzt werden können, sowie die nächste Frankfurter Buchmesse. Bei der weltweit größten Bücherschau wird Italien in diesem Herbst Gastland sein. Im Frühjahr findet in Turin eine Buchmesse statt, bei der es insbesondere um deutsche Literatur gehen soll. *Christoph Sator*

Über Rassismus diskutieren

Bundeskunsthalle lädt ein

■ **Bonn.** Die Bundeskunsthalle in Bonn lädt zu einer neuen Gesprächsreihe über Antisemitismus und Rassismus ein. Unter der Überschrift „A Mentsh is a Mentsh“ sprechen Nicole Deitelhoff vom Leibniz-Institut für Friedensforschung in Frankfurt und der israelisch-deutsche Pädagoge Meron Mendel mit Gästen über Kunst und Kultur nach dem Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel. Am 17. Januar diskutieren die beiden von 19 Uhr bis 20.30 Uhr mit der Künstlerin und Psychoanalytikerin Bracha Lichtenberg Ettinger, der Künstlerin Hito Steyerl und der Kuratorin der Bundeskunsthalle, Johanna Adam, über den Umgang mit Antisemitismus, Rassismus und Postkolonialismus.

Der islamistische Terror und Krieg in Nahost belasteten auch das gesellschaftliche Klima in Deutschland und Europa, erklärte die Bundeskunsthalle. Antisemitische Vorfälle häuften sich auch in künstlerischen und wissenschaftlichen Kontexten. *dpa*

➔ Weitere Infos sowie Eintrittskarten für die Veranstaltung gibt es an der Abendkasse sowie unter www.bundeskunsthalle.de